

Neue Rufe nach alter Ordnung: regressive Semantiken in der schweizerischen Debatte um den Strafvollzug

Brosziewski, Achim; Maeder, Christoph

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Brosziewski, A., & Maeder, C. (1995). Neue Rufe nach alter Ordnung: regressive Semantiken in der schweizerischen Debatte um den Strafvollzug. In H. Sahner, & S. Schwendner (Hrsg.), *27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie - Gesellschaften im Umbruch: Sektionen und Arbeitsgruppen* (S. 773-777). Opladen: Westdt. Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-140888>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

4. Fazit

An dieser Stelle reichen Analysen auf der Bevölkerungsebene nicht mehr aus. Zum einen ist zu fragen, auf welcher Summe konkreter demokratischer Einzelerfahrungen das entstehende Gebundenheitsgefühl an das demokratische System beruht. Zum anderen ist zu fragen, inwieweit die politischen Eliten dazu neigen, den ethnischen Konflikt zu forcieren oder zu befrieden. Beispiele für positive demokratische Einzelerfahrungen der Minderheit und die Kompromißbereitschaft baltischer wie russischer Eliten lassen sich im politischen Alltag aller drei baltischen Staaten finden.

Die Frage "Vorwärts in die Barbarei?" kann also für das Baltikum verneint und stattdessen eine zunehmende Regression der ethnischen Konflikte behauptet werden.

Anmerkungen

- 1) Welchen der folgenden geographischen Einheiten fühlen Sie sich in erster Linie verbunden: der Gemeinde, wo Sie leben, Estland (bzw. Litauen, Lettland), der UdSSR/Rußland, einem anderen Land, Europa oder der Welt als Ganzer? Und welcher dieser Einheiten fühlen sie sich in zweiter Linie verbunden? Aus den Kombinationen der Antworten auf diese zwei Fragen haben wir eine Variable mit zwei Ausprägungen konstruiert: Zugehörigkeitsgefühl zu einem baltischen Land, Zugehörigkeitsgefühl zur UdSSR/zu Rußland.
- 2) Allgemein gesprochen, würden Sie sagen, daß Sie vollkommen unzufrieden, etwas unzufrieden, weder unzufrieden noch zufrieden, etwas zufrieden oder vollkommen zufrieden, mit der Art, wie die Demokratie in ihrem Land funktioniert, sind?

Literatur

Klingemann, Hans-Dieter/Lass, Jürgen/Mattusch, Katrin (1994), Nationalitätenkonflikte und Mechanismen politischer Integration im Baltikum. In: Dieter Segert (Hrsg.), Konfliktregulierung durch Parteien und politische Stabilität in Ostmitteleuropa. Frankfurt/M.

Dr. Katrin Mattusch, Hallandstr. 10, D-13189 Berlin

7. Neue Rufe nach alter Ordnung. Regressive Semantiken in der schweizerischen Debatte um den Strafvollzug

Achim Brosziewski und Christoph Maeder

Seit zwei, drei Jahren sind in der Zürcher Kantonspolitik Rufe zu vernehmen, die das an die normale Schweizer Polirhetorik gewöhnte Ohr aufhorchen lassen - Rufe, die sich deutlich von der ansonsten auf Eintracht bedachten Argumentation in der Öffentlichkeit abheben. Mit dem Slogan "Das haben wir den Linken und den Netten zu verdanken" wurde von der Schweizerischen Volkspartei in Zürich ein in der schweizerischen Politik unübliches Anklageszenario eröffnet.¹

Als erstes wird der Kontext jener Regeln beschrieben, die hier verletzt wurden. Als zweites wird die Resonanz thematisiert, die von dieser ungewöhnlichen Rhetorik mobilisiert wird und sie gleichzeitig trägt. Das auffälligste materiale Feld dieser Stimmungsmache ist die Auseinanderset-

zung um die "innere Sicherheit", die letztlich auf den Umgang mit Kriminalität in Verfolgung und Strafvollzug abzielt.²

1. Politische Öffentlichkeit in der Schweiz

In der schweizerischen Politik gilt die Generalregel der sogenannten Konkordanz. Sie erzeugt, was im In- und Ausland als schweizerische Stabilität wahrgenommen wird. Diese Stabilität spiegelt sich z.B. darin, daß auf der Bundesebene seit 1958 die gleiche Regierungskoalition an der Macht ist, die mit der sogenannten "Zauberformel"³ einen expliziten, aber inoffiziellen Namen hat. Das Feld der politischen Auseinandersetzung ist normalerweise nicht die politische Vorderbühne in Parlament und Öffentlichkeit. Hier werden zumeist nur die Entscheide, die in vielen vorgängigen Verhandlungen 'intern' austariert wurden, kommentiert und sanktioniert. Aufgrund der Schweizer Geschichte existiert bis heute eine hochgradige personale Verflechtung von Politik, Wirtschaft und Militär. Anders als in großen demokratischen Herrschaftssystemen hat sich die Schweizer Machtelite nicht in verschiedene Funktionsebenen ausdifferenziert. Um nur ein prominentes Beispiel zu nennen, das um beliebig viele vermehrbar wäre: Der SVP-Politiker Christoph Blocher, der in der oben genannten Kampagne eine wichtige Rolle spielt, ist Oberst der Armee, einer der einflußreichsten Nationalräte und Besitzer und Konzernchef eines international operierenden Unternehmens mit einem steuerlich ausgewiesenen Privatvermögen von 800 Millionen Schweizer Franken. In der politischen Öffentlichkeit, die auch, aber nicht nur durch die Massenmedien vermittelt wird, muß vor allen Dingen um Zustimmung oder Ablehnung der nach dem Konkordanzprinzip ausgehandelten Gesetzesvorhaben geworben werden. Jede Verfassungsänderung und viele Gesetzesänderungen unterliegen zwingend der Volksabstimmung, gegen jedes andere Gesetzesvorhaben kann ein Referendum lanciert werden. Allein diese Eingriffsmöglichkeit durch Urnenentscheide führt zu antizipierenden Rücksichten der Machttträger untereinander. Man muß sich vor der Verabschiedung eines gesetzeswirksamen Entscheides der Loyalitäten anderer Gruppierungen versichern. Im alltäglichen Umgang miteinander manifestiert sich dieses Arrangement in einer schonenden Rhetorik. Konflikte werden zugestanden und auch ausgehandelt, aber immer unter der Maxime, die auch vom Stil her mitzusalalisieren ist: "Mä muäss halt rede mitenand" (eingehender hierzu Maeder 1994).

2. Neue Rufe nach Ordnung

Das Jahr 1994 wurde vom eidgenössischen Justiz- und Polizeiminister zum Jahr der "Inneren Sicherheit" ausgerufen. Alle Parteien hatten zu diesem Zeitpunkt das Thema bereits in ihre Programmatiken eingebaut. Die Etablierung dieses Themas auf der politischen Agenda kann sich vor allem die Zürcher SVP als ihren Erfolg zuschreiben. Seit 1990 gehörte die "innere Sicherheit" zu den bevorzugten Themen ihres "Puure-Zmorge", einer Veranstaltungsreihe, in der ein vorwiegend älteres Publikum kostenlos mit Frühstück und politischer Unterhaltung versorgt wird (siehe auch Niggli 1994: 6). Die gelegentlichen Auftritte des besagten Dr. Blocher zählen zu den Hauptattraktionen in dieser Veranstaltungsreihe. In dieser Gipfeli-Atmosphäre hat er als Nationalrat schon früh versprochen, die Probleme der Stadt auf gesamtschweizerischer Ebene zu lancieren. Ihrem Ruf nach Ordnung versuchte die SVP - über den Boulevard hinaus - auf der allgemeinen politischen Agenda Gehör zu verschaffen. Sie schaltete spektakuläre Anzeigen in vor-

nehmlich bürgerlichen und liberalen Zeitungen, die eine massive Empörung hervorriefen. Der Mord eines Häftlings auf Urlaub an einer jungen Pfadfinderführerin wurde mit einem Messerstecherbildchen und der Aussagen "Das haben wir den Linken und den 'Netten' zu verdanken" kommentiert. Diesem Dank wurden noch Statistiken nachgeschaltet, die - durch verzerrende Wiedergabe der Zahlen - eine "rasante Zunahme" der allgemeinen Kriminalitätsraten suggerierten. Von den anderen Parteien wurde die SVP als Partei der Hetzer und Scharfmacher öffentlich angeprangert. Damit hatte sich die SVP erfolgreich als Rufer nach "Innerer Sicherheit" und als Stimme des Volkes etabliert. So war das Feld für jene Botschaft bereitet, die in der Deutschschweiz alle anderen Parteien zur programmatischen Stellungnahme provozierte: "Die SVP wird die Bürger schützen, nicht die hochgespielten Rechte der Kriminellen".

3. Der Resonanzraum: Wünsche nach alter Ordnung

In ihrer politischen Rhetorik beschwört die SVP das Bild von einem gesunden Volkskörper, der von einer Seuche bedroht sei. Und der Name dieser Seuche ist "Kriminalität". Man spielt des weiteren mit der klanglichen und bildlichen Nähe von Seuche und Sucht: die Droge ist das Gift, das die Körperabwehr zu schwächen droht. Gefragt seien hier Stärke und Durchsetzungswillen. Der harte Durchgriff, den die SVP propagiert, zielt auf Hausbesetzer, Demonstranten und die Ausländer, die den Drogenhandel betreiben und eine Organisierte Kriminilität in der Schweiz installieren. Den liberalbürgerlichen Parteien, den Sozialdemokraten und den Grünen werfen sie vor, durch eine liberale Drogen-, Ausländer- und Strafvollzugspolitik eine "gefährliche Schlampe" betrieben und den Landfrieden unterhöhlt zu haben. Eine starke Polizei und ein strenger Vollzug werden gefordert: "So - und nur so! - wird die Schweiz wieder ein liebens- und lebenswertes Land."

Mit der hier beschriebenen Verbalmentalität wird - und dies erklärt ihre (wahlstrategisch nutzbare) Resonanzfähigkeit - ein fest in der Schweizer Geschichte und Kultur verankertes Bild aufgerufen: das Bild vom "wehrhaften Schweizer", der den "Landfrieden" gegen alle Bedrohungen von außen zu verteidigen weiß. Bis zum Ende der klassischen Ost-West-Konfrontation konnte die Wehrhaftigkeitssemantik noch über den Topos der Schweizer Neutralität weitgehend parteiindifferent, als Grundkonsens in die politische Rhetorik eingebunden werden. Man kann die von der SVP (wie gezeigt: erfolgreich) lancierte Kampagne zur Inneren Sicherheit als den Versuch sehen, die "Bedrohung von außen" neu zu konturieren und sich dabei selbst als den wahren Statthalter der Verteidigungsbereitschaft zu plazieren. "Außen" lauern im neuen Bedrohungsbild nicht mehr die in den sozialistischen Staaten beheimateten Kommunisten, sondern "Cliques" und "Banden", deren Heimat je nach politischem Streitthema sowohl im Westen als auch im Osten ausgemacht werden kann. Im Westen werden die Cliques der Eurobürokraten als Bedrohung geortet, im Osten die mafiösen Banden, die das Niemandsland zwischen Sozialismus und Marktwirtschaft okkupiert haben. Dieser Neustrukturierung der Außengefahr entsprechend wird auch der innere Gegenpart redefiniert. Man operiert nicht mehr mit dem Bild der sozialistischen Infiltration, der klassische Slogan, "Freiheit oder Sozialismus" ist obsolet. "Links" wird jetzt mit "nett" und damit "unbedarft" gegenüber den "schleichenden Gefährdungen" assoziiert, die von den neuuropäischen Konflikttherden ausgingen. In diesem Sinne werden retrospektiv alle moderaten Reformmaßnahmen stigmatisiert, die in den letzten Jahrzehnten von sozialdemokratischen, links- und bürgerlichliberalen und grünalternativen Parteien auf verschiedenen Feldern politik-

und verwaltungsfähig gemacht wurden: Reformen der Wirtschaftsbeziehungen, der Schweizer Armee, im Ausländerrecht, in der Drogenpolitik und nicht zuletzt im Strafvollzug. Die Geschichte dieser Reformbemühungen wird umgeschrieben. Von der "Aufweichung" der staatlichen Verteidigungsbereitschaft ist die Rede, und genau dies habe man "den Linken und den Netten zu verdanken".

4. Ein materiales Feld der Auseinandersetzung: Der Strafvollzug

Ein hervorragendes Objekt dieser Debatte ist der Straftäter: Er ist ein Sinnbild der Gefährdung von Wohnung und Inventar, von sicherer Bewegung im öffentlichen Raum auf Straßen und Plätzen. Die SVP hatte schon alle Humanisierungs- und Reformmaßnahmen mit scharfer Kritik begleitet, die in der Schweiz seit den 60er Jahren im Strafvollzug vorangetrieben wurden. In der öffentlichen Diskussion über den Strafvollzug weht seit einigen Jahren, nicht zuletzt dank der SVP, wieder ein schärferer Wind. Insbesondere seit dem Mord eines beurlaubten Häftlings an einer 20jährigen Frau in Zürich im Jahr 1993 sind die um Reformen im Strafvollzug bemühten Akteure in die Defensive geraten. Dieses Verbrechen und seine erfolgreiche mediale Präsentation mit dem sogenannten "Messerstecherplakat" ist gewissermaßen der symbolische Wendepunkt in Zürich und im restlichen Land, was den Umgang mit Straftätern und die Thematisierung desselben anbelangt⁴. Die mittlerweile zehn Jahre dauernde Arbeit an der Revision des seit 1942 geltenden Strafrechts ist ins Stocken geraten. Die Absicht, für die ungefähr 90 Prozent Straftaten von mittlerer bis geringer Schwere einen differenzierteren Sanktionenkatalog zu entwickeln, wird in der öffentlichen Debatte fast nur noch von Strafrechtsexperten unterstützt.

Zugleich ist ein regelrechter Gefängnisboom festzustellen. Die Insassenzahlen haben sich seit 1982 mit einem steilen Anstieg in den neunziger Jahren veranderalbacht, und eine Trendwende zeichnet sich nicht ab. In den nächsten fünf Jahren sollen landesweit knapp mehr als 1000 neue Gefängnisplätze, davon über 400 im Kanton Zürich, entstehen. 1984 gab es nach Angaben des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements insgesamt 5358 Gefängnisplätze. 1994 waren es bereits 6080 Plätze in 170 Einrichtungen, und im Jahr 2000 sollen es den aktuellen Plänen zufolge voraussichtlich 7380 Plätze sein. Die Eidgenössische Finanzverwaltung wies unter dem Titel Strafvollzug 1991 noch 550 Millionen Franken aus, 1992 waren es 620 Millionen und 1994 mehr als 700 Millionen. Diese Expansion ruft auch Investoren von privatem Kapital auf den Plan. Man verspricht - dank dem Einsatz "modernster Elektronik" und einer "optimalen Architektur" (Jeremy Bentham läßt grüßen!) - einen "kostengünstigen" Strafvollzug. Auch wenn die Exponenten der Justiz hier zurückhaltend blieben: unbestritten blieb - mit der Ausnahme einiger Experten - die Ansicht, daß die Schweiz mehr Gefängnisplätze brauche.

5. Konklusion

Man kann sehen, daß jenseits aller Nettigkeits-Unterstellungen durchaus ein strenges Verfolgungs- und Vollzugsregime betrieben wird. Die rechte Opposition hat vor dem Forum der politischen Öffentlichkeit hier schlicht ihren strukturellen Zeitvorteil genutzt. Man kann schneller fordern als verwaltungsfähig umsetzen. Die Rufe nach der alten Ordnung konnten in einer Phase plaziert werden, in der bildhaft nachweisbare Mißstände offenkundig waren und die polizeilich justizielle Infrastruktur sich noch in der Aufrüstung befand. Wenn jetzt die Maßnahmen greifen und "Ordnung" - sprich: vermehrte und drastischere Täterverwahrung - sich einstellen wird, so

können sich dies die Mahner als ihren Verdienst zuschreiben und beanspruchen, der Stimme des Volkes effektiv Geltung verschafft zu haben. Für diese Gelegenheit können Sie - in einem etwas anderen Sinne als in ihren Plakaten gedacht - den Linken und den Netten danken (siehe auch Weber, 1994: 74f). Doch ein Dank kann auch in umgekehrter Richtung angebracht werden. Mit ihrer "wehrhaften" Selbstprofilierung hat sich die SVP als Partei der Scharfmacher den Liberalen und mehr noch den sozialdemokratischen Kräften als Antipode zur Darstellung der eigenen Progressivitäten erhalten. Auch eigene programmatische Schärfen können so in den öffentlichen Debatten hinter den Forderungen des politischen Gegners verdeckelt gehalten werden.

Anmerkungen

- 1) Siehe zu einem ähnlich gelagerten, aber taktisch ungeschickteren Versuch der Münchener CSU Michailow 1994.
- 2) Zur politischen Resonanzfähigkeit des Themas "innere Sicherheit" allgemein vgl. Hitzler 1994.
- 3) Die "Zauberformel" verteilt die sieben Sitze des höchsten Regierungsgremiums, des Bundesrates, auf die Freisinnig-demokratische Partei (2 Sitze), die Christlich-demokratische Volkspartei (2), die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (2) und die Schweizerische Volkspartei (1). Diese Formel wiederholt sich in vielen Kantonen und Gemeinden.
- 4) Die Schweiz wäre unseres Erachtens ein ernster Testfall für die vielleicht doch spezifisch "deutsche" These von Manfred Lauer mann (1994: 59), "Die Gesellschaft hält das Strafen nicht mehr aus!"

Literatur

- Hitzler, Ronald (1994), Die Politisierung der Inneren Sicherheit. Über präventiv-repressive Formen der Bewältigung alltäglicher Verunsicherung. In: Hornbostel, Stefan (Hg.), a.a.O.: 15-25.
- Hornbostel, Stefan (Hg.) (1994), Allgemeine Verunsicherung und Politik der Inneren Sicherheit. Referate des Workshops an der Friedrich-Schiller-Universität Jena 14.-16. Oktober 1994. Jena.
- Lauer mann, Manfred (1994), Überwachen ohne Strafen. Zum Funktionswandel des staatlichen Gewaltmonopols. In: Hornbostel, Stefan (Hg.), a.a.O.: 55-61.
- Maeder, Christoph (1994), Ä chlii und ä bezli. Schweizer Politiker reden: Ein kulturelles Modell. In: Berking, Helmuth, Ronald Hitzler und Sighard Neckel (Hg.), Politikertypen in Europa. Frankfurt a.M.: 34-54.
- Michailow, Matthias (1994), Politisierte Verunsicherung. Der Diskurs um "öffentliche Sicherheit" in Presseberichten anlässlich des Münchener Oberbürgermeisterwahlkampfes unter besonderer Berücksichtigung von Problemgruppenkonstruktionen. In: Hornbostel, Stefan (Hg.), a.a.O. 36-54.
- Niggli, Peter (1994), Innere Sicherheit ohne Zukunft. Kriminalität, Sicherheitskampagnen und Parteiinteressen, in: Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik 14: 6-17.
- Weber, Catherine (1994), 100 Jahre Sicherheitsinsel Schweiz, in: Bürgerrechte & Polizei (CILIP) 48: 72-77.

Achim Brosziewski und Christoph Maeder, Hochschule St. Gallen, Tigerbergstraße 2, CH-9000 St.Gallen